

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 12.

Leipzig, den 21. März.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Bindmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Wallstraße 10.

Mit Nr. 13 schließt das erste Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zur Bergarbeiterfrage. — Ein Rechenexempel. — Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung u. Geschäftsstockung. — Die Wiederherstellung Polens. — „Das Kapital“ von Marx. — Aus England. — Vermischtes. — Beilage: Wahlversammlung in Mainz und Darmstadt.

Politische Uebersicht.

Noch immer die Reise des feisten Plonplon! Wo er jetzt ist, wissen wir nicht und es interessiert uns nicht; wo er noch hin will, wissen wir nicht und es interessiert uns nicht; was er in Berlin gewollt hat, wissen wir nicht und es interessiert uns nicht. Wenn die inneren Verhältnisse Frankreichs der Art sind, daß sie eine Ableitung der Volksleidenschaften für die Dynastie der Napolconiden zur Nothwendigkeit machen, dann werden wir Krieg bekommen, ob der „Rothe Prinz“ sich deutsche Kasernen und deutsche Schlösser betrachtet hat oder nicht. Was wir aber wissen und was uns interessant ist: daß die Wichtigkeit, welche der Reise Plonplon's von der deutschen Presse und dem deutschen Publikum beigelegt wird, das Bewußtsein unserer hilflosen Abhängigkeit von dem Ausland enthält. Ein Volk von 48 Millionen ängstlich das Mienspiel eines fremden Despoten und seiner Sendlinge beobachtend — welche Schmach! Und wem anders ist sie zu verdanken, als den Siegern von Königsgrätz? — — Inzwischen fühlt der „Großstaat“ Preußen sein Rütchen an den eignen Unterthanen. Zeitungsredakteure in Ketten nach Berlin abgeführt — das ist das neueste Bild in dem Bismarck'schen Ruhmes-Album. Daneben: Auszug der Preußen aus Luxemburg — und wir haben die „neueste Aera“ in ihrer ganzen Glorie vor Augen. Doch nein! ein Tableau fehlt noch: die verhungerten Ostpreußen — dann ist das Gemälde vollständig.

Das Verbrechen, welches man den Redakteuren der „Hessischen Volkszeitung“ zur Last legt, ist — ja, das weiß man in Berlin wohl selber noch nicht, und eben darum ist, wie seiner Zeit in dem Kölner Communistenprozeß, der bekannte Stieber nach Kassel geschickt, um die nöthige Kriminalsalbe fertig zu machen. Man hofft durch die Verhaftung der beiden Redakteure Trabert und Plaut dahinter zu kommen, wer das bekannte hessische Flugblatt verfaßt habe, durch welches die braven Kurhessen aufgestachelt werden, für ihren Depositionen die Kasanien aus dem Feuer zu holen. Dem gesunden Menschen-

verstande bleibt es geradezu unbegreiflich, wie man diese Männer auch nur eine Sekunde lang in Verdacht haben kann, ein so pietistisch-royalistisches Nachwerk, wie jene Proklamation, verfaßt zu haben. Daß es in der Offizin der hessischen Volkszeitung nicht gedruckt worden ist, hat bereits eine Untersuchung von Sachverständigen ergeben. Aber schadet nichts, der Jude wird doch verbrannt. Ein oberster Glaubenssatz der absolutistischen Regierungen ist eben die Unfehlbarkeit ihrer Maschinerie. Dank diesem Glaubenssatz verhungern denn auch die Ostpreußen. Jetzt ist dort die Reihe an den Bauern. Der preussische Landtag hat zwar zu ihrer Unterstützung 3 Millionen bewilligt, aber der Minister des Innern hat in Bezug auf das Darlehngesetz solche Instruktionen erlassen, daß die Berarmung unter den Grundbesitzern epidemisch werden muß. Nicht nur ist die Gewährung des Darlehns an Bedingungen geknüpft, denen gerade die bedürftigsten Kreise zu entsprechen unfähig sind, sondern jedes Gesuch hat auch erst die dreifache Prüfung durch die Kreiscommission, Provinzialcommission und das Ministerium zu überstehen. Das günstigste Resultat, welches auf diesem Wege erlangt werden kann, ist dann, daß man den Hafer zu säen ausgeht, wenn das hungernde Kind in den letzten Zügen liegt.

Auch in Berlin ist jetzt der Hungertyphus ausgebrochen. Bereits sind in einem einzigen Hause nicht weniger als 6 Fälle festgestellt.

Unterdessen liebäugelt man an der Spree herzynniglich mit denselben Schwarzröcken, die man bis vor Kurzem als Popanz gegen Oesterreich benutzte. Wenn dort das Konkordat bei Seite geworfen ist, wird es in dem „Intelligenzstaat“ Preußen eine freundliche Herberge finden. Der Plan zur Errichtung einer päpstlichen Nunziatur in Berlin eilt seiner Verwirklichung entgegen — kurz der „Hort des Protestantismus“ hat es offenbar darauf abgesehen, den armen Gothaern abermals eine unangenehme Ueberraschung zu bereiten, und das Wort der bösen Demokraten zu bewahrheiten, daß die Schulregulative das preussische Konkordat, und das Konkordat die österreichischen Schulregulative sind.

In Hessen und Württemberg steigende Wahlbewegung. Seit das Volk sich ernstlich zu regen beginnt, hoffen die sanguinischen Gothaer nicht mehr auf Sieg; das Höchste, was sie erstreben, ist, einige ihrer Wortführer durchzubringen,

und dadurch den unvermeidlichen Fall etwas zu dämpfen. Wir gesehen, auch uns wäre es ganz lieb, wenn Metz und einzelne seiner lautesten Genossen nach Berlin kämen; sie würden sich eben so rasch abnutzen, wie ein Braun, Miquel und Bennigsen, die in ihren Kleinstaaten noch Jahre lang hätten fortvegetieren können. —

Der Küchenzettel für den nächsten Berliner Reichstag ist ein ganz magerer. Daß das Blut und Eisensystem eine parlamentarische Komödie auführt, das begreifen wir; daß es den Parlamentarismus so rücksichtslos als Komödie hinstellt, das begreifen wir nicht. Klug ist es schwerlich. Das Gewerbe-gesetz befindet sich noch nicht unter den Vorlagen. Der betreffende Entwurf muß erst von dem sogenannten „Bundes-rath“ durchdebattirt werden, und wird wohl kaum vor Schluß der jetzigen Reichstagsession fertig sein. —

Aus Wien schreibt die „Neue Freie Presse“ unterm 13. März:

„Seit frühestem Morgen pilgert heute die Bevölkerung Wiens nach dem Schmelzer Friedhofe zu dem Grabe der März-gefallenen. Das Monument war überreich mit Kränzen und Blumen geschmückt; den prachtvollsten, etwa drei Schuh hohen Kranz spendete der demokratische Verein „Eintracht“ des Bezirkes Neubau, und war derselbe in der halben Höhe des Obelisken sammt einer Widmungstafel befestigt. Die den Kranz zusammenhaltenden schwarz-roth-goldnen Bänder waren vom Deutschen Volksverein in Wien gewidmet. Sowohl der Name des Vereins, als auch die Worte: „13. März 1848“ sind auf den Bändern mit Goldlettern eingewirkt. Nur mit Mühe konnte man durch die den Obelisk umstehende dichte Menschenmenge bis an das Gitter gelangen, um auch die übrigen, an den Stufen des Denkmals niedergelegten Kränze in Augenschein zu nehmen. Hier bemerkten wir Immortellenkränze des Arbeitervereins „Selbsthilfe“, des Männer-Turnvereins, des Arbeitervereins von Krems, der Redaktion der Vorstadt-Zeitung, des Wiener Studentenklubs z., sowie einen Ehekranz des Ersten Arbeitervereins „Hermannia“, sämmtliche mit Inschriften und viele mit schwarz-roth-goldnen Bändern geschmückt. Außerdem lagen noch viele Immortellen- und Lorbeerkränze ohne Widmungs-Inschrift auf den Stufen des Monuments.“

Nach demselben Blatte wird der Justizminister nächstens einen Gesetzentwurf einbringen, durch welchen die Preßprozesse den Schwurgerichten überwiesen werden. —

In Frankreich macht das Gesetz über die mobile Nationalgarde, wodurch die Militärkraft aufs höchste hinauf geschoben wird, böses Blut. In Toulouse ist es bei der Revision behufs der Einzeichnung in die Listen dieser Garde zu einer ernstlichen Ernte gekommen. Die bewaffnete Macht mußte einschreiten und es gab blutige Köpfe. Ähnlich ging es in Nantes zu, wo die zur Disposition bestimmten jungen Leute vor der Präsektur die Marschlaife anstimmten. Die Polizei getraute sich jedoch nicht, einzuschreiten. Auch in Alby fanden Unruhen statt und wurden viele Verhaftungen vorgenommen. Hier scheint indessen der Hunger das nächste bewegende Motiv gewesen zu sein. Wie verhaßt der Dienst in der mobilen Nationalgarde ist, erhellt am besten daraus, daß von je 100 dienstpflichtigen Leuten sich nur 5 freiwillig meldeten, die übrigen Alle die Einzeichnung nur unter den heftigsten Protesten geschehen ließen. Man ist über diese Stimmung der Provinzen natürlich in Paris sehr besorgt und nur der furchtsamen Zurückhaltung der Präsekten bis jetzt hat es Napoleon zu verdanken, daß nicht schon der erste Akt der Revolution begonnen hat.

Die Kammer ist mit der Berathung eines Vereinsgesetzes

beschäftigt, das nach der Versicherung der offiziellen Presse herufen ist, die Freiheit Frankreichs zu krönen. Am Schwanz erkennt man den Fuchs. Ein paar Paragraphen werden hinreichen, das Werk zu kennzeichnen. § 1 erlaubt, öffentliche Versammlungen ohne vorhergehende Erlaubnis; aber sie dürfen weder eine politische noch religiöse Frage erörtern. § 14 gestattet der Polizei jede Versammlung zu verbieten, welche ihr geeignet scheint, die Ordnung zu stören und die öffentliche Sicherheit zu gefährden. § 5 verordnet die Ueberwachung der Versammlungen durch einen Gerichts- oder Polizeibeamten, der das Recht hat, sie aufzulösen, wenn entweder Fragen besprochen werden, die nicht auf der Tagesordnung stehen, oder die Verhandlungen unruhig zu werden beginnen. — Napoleon wird alt und so ist es kein Wunder, daß er auch einmal bei der preussischen Polizei eine Anleihe macht, nachdem Graf Bismarck so oft von ihm gepumpt hat. —

In England Scheinesuche zur Lösung der Irischen Frage. Die einzige wirkliche Lösung heißt Ablösung von England; und darein wird die englische Oligarchie nimmermehr willigen. —

Die Türkei reformirt sich. Ein neues Ministerium, in dem auch ein Christ sitzt, soll die Umgestaltung des Reichs durchführen. Wie verlautet, handelt es sich 1) um die Einführung des christlichen Elements in die Verwaltung; 2) um die Aufstellung eines regelmäßigen Jahresbudgets, sowie die Controlirung der Einnahmen und Ausgaben durch einen zu diesem Behufe einzusetzenden gemischten (d. h. aus Beamten und Notabeln, Mahomedanern und Christen zusammengesetzten) Rath; 3) die Säkularisation der Güter der todtten Hand (Vacuif), welche, bis jetzt steuerfreie Moscheegüter, fast die Hälfte des ganzen Grundbesizes in der Türkei bilden. —

Herr Johnson hat den Präsidententitel bei den Amerikanern so in Mißkredit gebracht, daß die erschreckliche Idee unter ihnen aufzukommen beginnt, den Titel abzuschaffen und auf den Luxus eines Staatsoberhauptes zu verzichten. Von Boston aus agitirt man für Einführung des Schweizer Systems. Der Präsident soll künftig nicht besonders vom Volke, sondern durch das Staaten- und Repräsentantenhaus aus deren Schooß auf kürzere Dauer als bisher sammt der ganzen Regierung gewählt werden. Auf diese Weise wird das Staatsoberhaupt, was es in der That sein soll: ein erster Beamter des Staats, den die beiden Häuser vertreten.

Aus Lunzenau schreibt man uns: „Im September vor Jahres wurde hier ein Arbeiterfortbildungsverein gegründet, der neben der Ertheilung von Unterricht in 4 Fächern und der Pflege der Geselligkeit in mehreren deklamatorischen Abendunterhaltungen, auch fleißig bemüht war, in seinen Versammlungen den sozialen und demokratischen Ideen der Gegenwart nicht nur im Kreise seiner Mitglieder, sondern auch außerhalb desselben Eingang zu verschaffen, wozu eine von Mitgliedern des Arbeiter-Comité's, das sich die Pflege der politischen Bewegung zur Aufgabe gestellt hat, veranstaltete Volksversammlung, wesentlich beitrug. Dem Vortrag unseres Bräutigams des Bebel in derselben ist es wesentlich zu danken, daß sich auch von den Nachbarorten Gesinnungsgenossen fanden, die sich jetzt thätig mit betheiligen.“

Um diese Bewegung zu organisiren fand hier am 8. d. M. eine Konferenz von Gesinnungsgenossen aus Burgstädt, Roddeburg und Lunzenau statt, welche die Gründung von Vereinen auch in den beiden erst genannten Orten beschloß, sich für das „Chemnitzer Programm“ erklärte, zur Leitung der Bewegung ein Bezirkscomité wählte und die Einberufung einer zweiten Konferenz nach Burgstädt bestimmte.

Wie es nun für die Demokratie Sachsens von Bedeutung und erfreulich sein muß, in den Wahlbezirken der Herren Dr. Blum und Gebert Eingang gefunden zu haben, so ist es auch erforderlich, daß die Freunde daselbst von den Gesinnungsgenossen von Nah und Fern, so weit dieß erforderlich, mit Rath und That unterstützt werden und Aufnahme finden in die Reihen der Gleichgesinnten."

Zur Bergarbeiterfrage.

Von einem Bergarbeiter.

(Vergl. Nr. 8 des „Demokratischen Wochenblattes“.)

Kein Stand und Beruf ist wohl schwerer und mit so vielen Gefahren verbunden, als der des Bergmanns; die vielfachen Uebelstände, mit denen derselbe während der Arbeit zu kämpfen hat, als drückende Luft (schlechte Wetter), Kälte und Kälte, häufig schnell abwechselnd, welches alles nachtheilig auf die Gesundheit einwirkt, bringen öfters Krankheiten hervor, denen andere Arbeiter nicht ausgesetzt sind. Lastet nun auch noch auf dem Bergmann der schwere Druck, welchen die Beamten, hauptsächlich seit den letzten Jahren, in Folge schlechter Gehirnstellung ausüben, so daß die Arbeiter während der Dauer der Schichtzeit von früh 6 bis Abends 6, oder von Abends 6 bis früh 6 Uhr, und wenn (wie die Herren sagen) das Geschäft „blüht“, noch einige Stunden täglich länger anstrengend arbeiten müssen, sogar auch Sonntags — so darf man sich nicht wundern, wenn die Kräfte der Bergarbeiter schnell abnehmen. Man kann so ziemlich als Norm gelten lassen, daß, wenn der Bergarbeiter nach dem Kalender 40, er seinen Kräften nach 60 Jahr alt ist. Daher mag es auch wohl kommen, daß die Vereine und deren Verwaltungen den sehr humanen Satz festhalten: ein Arbeiter, welcher das 42. Jahr überschritten, bekommt auf den Werken keine Arbeit mehr und wird in keinen Knappschaftsverband mehr aufgenommen. Hat nun ein Arbeiter dieses Alter erreicht, so muß er sich sehr in Acht nehmen, denn die geringste Mißliebigkeit reicht hin, um seine Entlassung zu bewirken; die Herren behaupten sogar, es brauche gegen den Arbeiter überhaupt gar kein Grund vorzuliegen; so wie den Arbeiter das Recht zustehe, zu kündigen, so müsse den Herren auch das Recht zustehen, sie zu entlassen. Einestheils mag das richtig sein, aber dann frage ich: warum muß der Arbeiter von Anfang an in die Kassen steuern? hat er auch die Gewißheit, daß seine Einzahlungen im Fall der Invalidität ihm, oder im Todesfall seiner ihn überlebenden Familie zu Theil werden? Gewiß nicht, denn durch dieses willkürliche Gebahren der Beamten bleibt für den Arbeiter nicht die geringste Garantie; und wer, wie das häufig geschieht, ohne rechtlichen Grund fortgeschickt wird, ist um seine oft viele Jahre langen Einzahlungen zur Kasse betrogen.

Wird ein Arbeiter auf einem Werke angelegt, so hat er zwar von Anfang an vollständig in die Kasse zu steuern, ist aber die ersten 5 Jahre nicht pensionsfähig, und hat weder er noch seine Frau Anspruch auf derartige Unterstützung; von 5 bis 10 Jahren erhält derselbe, wenn er für die Dauer erwerbsunfähig geworden, wöchentlich 10 Rgr., von 10 bis 15 Jahren 20 Rgr., von 15 bis 30 Jahren schwillt dann dieser Pensionsfuß in ganz kleinen Tröpfchen bis zu der höchsten Höhe von 30 Rgr. an. Indes ist mir bis jetzt kein Fall bekannt, daß ein arbeitsunfähiger Bergmann diesen hohen Pensionsfuß bezogen hätte. Daß es selten oder gar nicht vorkommen kann, dafür bürgen den Herren Beamten die Statuten; da steht: „ein Arbeiter, welcher 30 Jahre ununterbrochen auf einem

Werke gestanden, erhält, wenn er arbeitsunfähig, oder durch Schaden arbeitsunfähig geworden, 30 Rgr. Pension“. Also 30 Jahre ununterbrochen auf einem Werke! Welcher Hohn unter diesen Umständen für die Arbeiter seitens der Beamten!

(Schluß folgt.)

Ein Rechenexempel.

(Von einem Bergarbeiter aus der Umgegend von Zwickau.)

Der Bedarf einer Familie von 5—6 Personen zu ihrem Lebensunterhalt täglich:

6—7 Pfd. Brod à 13 Pfenn. pr. Pfd.	7 Gr. 8 Pf.	bis	9 Gr. 1 Pf.
6—7 Loth Butter à 4 Pf. pr. Loth	2 " 4 " "	2 " 8 "	
1/2 Meze Kartoffeln	1 " " " "	1 " 5 "	
Schulgeld und Gemeindeabgaben	1 " " " "	1 " " "	
Hauszins	2 " " " "	2 " 5 "	
Salz, Seife, Kaffee ic.	1 " " " "	2 " " "	
Bekleidung	3 " " " "	4 " " "	

20 Gr. 2 Pf. bis 24 Gr. 9 Pf.

Einnahme täglich 15 bis 18 Groschen,

Ausgabe " " 20 Groschen 2 Pfenn. bis 24 Gr. 9 Pfenn.,
ergiebt sich ein Defizit von 5 Gr. 2 Pfenn. bis 6 Gr. 9 Pfenn.
pr. Tag, d. h. monatlich 5 bis 7 Thlr. und jährlich 60 bis 84 Thlr.

Woher nehmen und nicht fehlen?

Zur Charakteristik der gegenwärtigen Theuerung und Geschäftsstockung.

I.

(Schluß.)

Es hat zu allen Zeiten Leute gegeben, welche einen besonderen Nachdruck auf die vierte Bitte des Vaterunsers zu legen Ursache gehabt haben, zu keiner Zeit aber wohl mehr als gerade jetzt, trotz allen Errungenheiten des menschlichen Geistes und des Sieges der Intelligenz über die Materie. Die äußere Veranlassung hierzu findet aber eben in der Jetztzeit ihren Ausdruck in dem Verhältniß zwischen Nachfrage und Angebot der Arbeit, von welchem man sagen kann, daß es das menschliche Leben hinsichtlich seiner Dauer und inneren Kraft und zwar leider nicht immer zu Gunsten desselben regelt, indem der Erfolg aller Arbeit in Geld umzuwandeln bestrebt wird, so daß im Großen und Ganzen immer mehr Arbeit gesucht als angeboten werden muß. Die eigentliche Lebensmittelfrage ist mithin nur von untergeordneter Bedeutung; einem natürlichen permanenten Mangel würde wohl auf eben so natürlichem Wege durch Anbau neuen Landes abgeholfen werden können. Und soll denn der Mensch sein Brod durch Arbeit aus der Erde bringen, wenn schon vor Tausenden von Jahren der Satz galt: „Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du Dein Brod essen?“ Auf der einen Seite also arbeits- und brodlose Menschen und auf der andern Seite fruchtbarer, aber un bebauter, unbenutzter Boden; welch ein Widerspruch! Läßt sich derselbe nun wohl auf eine andere Weise erklären als damit, daß der zunächst erstrebte Reinertrag jeglicher Thätigkeit der Menschen nicht in „täglichem Brode“, sondern in einem möglichst großen, in Geld bestehenden und aufzusparenden Gewinn gesucht wird?

Die Frage des täglichen Brodes ist mithin auf dem bisher betretenen Wege, wie die Erfahrung uns jetzt täglich lehrt,

zu lösen unmöglich. An die Stelle der bisher beliebten Spar-systeme müßten andere treten und zwar solche, durch welche zwischen den Menschen Beziehungen hergestellt werden könnten, unter welchen erstens die Gesamtproduktivkraft des Volks zur möglichst vollständigen Anwendung, und zweitens die erlangten Produkte zu angemessenerer und gerechterer Vertheilung gelangen könnten. Wir wollen hier nur noch ein auf vorliegende Frage speziell bezüglicher Spar-system zur Anführung und Empfehlung bringen, zu welchem das beste Vorbild und die beste Anleitung uns in den bereits vorhandenen Vorschuß- und Sparvereinen gegeben ist, nur mit dem Unterschiede, daß, während bei diesen die Mitglieder zu regelmäßigen, in Geld bestehenden Spareinlagen sich verpflichten, bei den hiermit in Vorschlag gebrachten Sparvereinen jedes Mitglied von Jahr zu Jahr zur Einlieferung einer gewissen Quantität Getreide oder zur Entrichtung einer dem Durchschnittspreise dieser Quantität entsprechenden Summe Geldes sich zu verpflichten haben würde, für welches letztere alsdann das eigentliche Sparobjekt, das Getreide in billigen Zeiten angekauft und in natura aufgespart werden müßte. Auch die Verwaltung könnte ziemlich genau die gleiche sein. In nachstehendem Beispiel wollen wir das Wesen solcher Getreide-Vorschuß- und Sparvereine noch näher erläutern.

Städtische und ländliche Bewohner eines (gleichviel ob Industrie- oder landwirthschaftlichen) Bezirks vereinigen sich zur Gründung eines solchen Vereins oder beschließen als Mitglieder von Sparvereinen die Umänderung ihres Grundgesetzes folgendermaßen: Durch monatliche Spareinlagen oder durch einmalige jährliche Einlieferung eines beliebigen nicht zu geringen Quantums Getreide hat die Ansammlung des Sparobjekts und zwar bis spätestens den 1. Oktober eines jeden Jahres zu geschehen. Das ältere Getreide wird von Jahr zu Jahr verkauft und die gleiche Quantität neues dafür angekauft; durch die regelmäßigen Einlieferungen muß sich das gesparte Quantum fortwährend vergrößern. Hiervon kann jedes Mitglied so viel Getreide als Vorschuß bekommen, als sein erspartes Quantum beträgt, eine andere Verfügung steht den betreffenden Mitgliedern hierüber während der Dauer ihrer Mitgliedschaft jedoch nicht zu. Jedes Mitglied hat diesen Vorrath nach spätestens einem Jahre (unbekümmert um den Preis desselben) in natura zurückzuliefern und für jeden Monat der Dauer dieses Vorschusses etwa $\frac{1}{2}$ Proz. des Quantums Zuschlag als Beitrag zu den Vereinskosten zu entrichten. Nur dieser Zuschlag, gleichsam die Verzinsung, kann verkauft werden, ohne daß für den Erlös neues Getreide wieder angekauft werden muß. Von Ende März ab bekommt jedes Mitglied von dem noch vorhandenen Getreide auf Vorschuß so viel es verlangt, bis zur nächsten Ernte oder auch verbraucht und wofür es sonst gut ist. Der Preis des aufgesparten Getreides spielt keine Rolle; nur über das Quantum nach Gewicht und Maß ist Buch und Rechnung zu führen. Das, was verborgt ist, gilt als aufgespart, indem es spätestens nach einem Jahre in natura wieder einkommen muß, gleichviel wie hoch der Preis alsdann sein wird. Wenn also ein Mitglied Getreide auf Vorschuß entnimmt, wenn der Scheffel 6 Thlr. kostet, so hat es im nächsten Jahre nur das gleiche Quantum zurückzuliefern, auch wenn dann der Scheffel nur 3 Thlr. kosten sollte. Die weiteren Konsequenzen eines solchen Verfahrens dürften in folgendem Beispiel eine der Wahrheit ziemlich getreue Veranschaulichung finden.

Angenommen, der Verein besteht seit 2 Jahren und ist im 3. Jahre eine Mißernte und das Getreide theuer; alsdann werden die vorrätigen 2 Jahresbeträge von den Mitgliedern als Vorschuß entnommen werden, sind aber im 4. Jahre in

natura wieder abzuliefern. Auch wer im 3. Jahre wegen hoher Preise mit seiner fälligen neuen Einlieferung aussetzen will, hat diese im 4. Jahre nachzutragen mit dem entsprechenden Zuschlag. Ist nun im 4. Jahre eine reichliche Ernte, so wird doch der Preis nicht zu niedrig sein, um dem Landmann einen entsprechenden Gewinn zu sichern, indem in diesem Jahre 1) 2 Jahresbeiträge Vorschuß zurückzuliefern sind, 2) der 3. Jahresbetrag nachzuliefern ist und 3) für das laufende 4. Jahr ein neuer Jahresbeitrag einzuliefern fällig ist und aufgespart werden muß. Ist dagegen im 5. Jahre wieder eine Mißernte, so dürften doch die Preise nie wieder unverhältnismäßig steigen können, nachdem so Mancher sein Erübriges 4 Jahre lang in Getreide oder Früchten aufgespart hat, lieber hieron auf Vorschuß entnimmt und eine weitere Ansammlung auf bessere Zeiten verschiebt, als für theure Preise seinen Bedarf zu kaufen. Die geringeren Ernten werden alsdann durch die besseren übertragen werden, ohne daß Wucher getrieben werden kann; die Ersparnisse Tausender finden eine rationelle Anlage, wirken befruchtend auf Landwirthschaft und Gewerbe; die Bodenkultur wird auf immer Rentabilität gesichert, die Uebermachung neuen Bodens und die Vermehrung der Produktion und des Wohlstandes nicht ausbleiben, ohne daß man hierbei von Ueberproduktion und daraus folgender Geschäftsstockung jemals sprechen könnte.

Manche Menschen sind noch jetzt der Ansicht, daß, wenn diejenigen fehlten, die man unvernünftigerweise Kornwucherer nannte, „die Existenz des größten Theiles der Menschen gefährdet sei, und sie dem Hungertod verfallen würden“. Allerdings, so lange aber nur, als sie nicht selbst für sich Getreide aufzusparen sich entschließen. Die Ueberzeugung von der unabweisbaren Nichtigkeit jener Behauptung also, wie die zweifelhaften Vortheile und Erfolge unserer modernen Spar-systeme sind für den Preis einer einzigen, wenn auch nur theilweisen Hungernoth in 2 bis 3 Decennien schon viel theuer bezahlt.

Nach den trüben, enttäuschenden Erfahrungen, welche in der Zeit vielen unserer deutschen Brüder auferlegt sind, dürfte wohl an der Zeit sein, zu erwägen, wie wir uns für spätere Zeiten vor ähnlichem Schicksale am Besten bewahren mögen. Die Wiederkehr einer solchen Katastrophe in Kulturstaaen wird man nach unserer Ansicht in Zukunft nur noch eine wissen, wenn man sich selbst verschuldete nennen können, zumal wenn man bedenkt, daß durch das oben angeführte irrationelle Sparverfahren der Preis des Getreides zuweilen die doppelte Höhe des Durchschnittspreises erreicht, ein in Getreide planmäßig angelegtes Kapital also nicht selten in wenigen Jahren zusammen 100 Proz. Zinsen abwirft. Die gegenwärtige Theuerung drückt bei einer allgemeinen Geschäftslosigkeit, zum Theil wenigstens eine Folge der erstere doppelt schwer auf die Bevölkerung; einer anderen Ursache dieser Arbeitslosigkeit und zugleich dieser letzteren selbst und zu erwehren, muß also jetzt unsere Hauptaufgabe sein, und hierüber in einem zweiten Artikel.

Die Wiederherstellung Polens.

VII.

Preußen hatte sich Rußland zum größten Dank verpflichtet, indem es den letzten Aufstand Polens niederwerfen half. In diesen Beistand ließ man der Politik des Grafen Bismarck, der ja den größten Theil seiner diplomatischen Wanderjahre in Petersburg zugebracht hatte, um so lieber freien Lauf, als die Interessen Rußlands aufs beste diente. Denn der

des Grafen Bismarck entkleidete nicht nur die „Fortschrittspartei“ des Löwenfels und heraufschte sie förmlich mit der Milch fromm absolutistischer Denkungsart, sondern er ebnete auch Rußland, oder versprach es wenigstens, durch die Schwächung Oesterreichs den Weg nach Konstantinopel, indem er zugleich an diesem Kaiserstaate die Neutralität rächte, welche er in dem Krimkriege beobachtet hatte. Des unterthänigen Gehorsams der preussischen Regierung konnte man aber in Petersburg völlig sicher sein. Befah man doch an den offen daliegenden östlichen Provinzen Preußens gleichsam ein Faustpfand. Zudem sorgte der Vertrag von Warschau dafür, daß Rußlands Herrschaft auf der Ostsee ungefährdet blieb und bleibt. Unter dieser letzten Bedingung durfte Preußen Schleswig und Holstein annehiren. Man wird einwenden, daß die Conferenz, welche 1864 in London zusammentrat, um den Streit über die Herzogthümer friedlich beizulegen, Rußlands Erbansprüche an Schleswig-Holstein nicht ausdrücklich anerkannt habe. Ebenjowenig hat sie aber die Conferenz ausdrücklich verworfen. Die Conferenz schwieg nur, als der russische Gesandte an den Warschauer Vertrag mahnte, in welchem diese Erbansprüche, trotz ihrer gänzlichen Unbegründung, die protokollarische Zustimmung der europäischen Mächte erhalten hatten. Schweigen drückt aber weder Zustimmung noch Verwerfung aus. Der Warschauer Vertrag ist also dadurch keineswegs über den Haufen geworfen worden, und daß Rußland es so auffaßt und Preußen entschieden nicht daran denkt, der russischen Oberherrschaft über die Ostsee entgegenzutreten, dafür liegt der Beweis jedem Sehenden vor Augen. Es würde auch in der That zu den unglaublichsten Dingen gehören, daß Rußland aus Gefälligkeit für Preußen seine Absichten auf den Belt, die es seit Peter dem Großen mit solcher Zähigkeit und so gutem Erfolge Schritt vor Schritt zu verwirklichen gestrebt, plötzlich aufgeben sollte. Der Beweis, daß dieß nicht der Fall ist, der Beweis, von dem wir sprachen, liegt einfach darin, daß der schleswig-holsteinische Kanal nicht gebaut wird. Es ist jetzt offiziell von Preußen eingestanden, daß es die Ausführung dieses Kanals aufgegeben habe. Wird aber die Kanalverbindung zwischen der Ost- und Nordsee nicht hergestellt, so ist derjenige Herr des baltischen Meeres, dem der Belt gehört. Das ist Rußland durch das abhängige Dänemark.

Man wird wohl nicht behaupten wollen, daß die preussischen Staatsmänner gegen die ungeheuren Vortheile blind seien, welche für die Handelschiffahrt und Kriegesflotte Preußens an den Bau dieses Kanals geknüpft sind. Hat doch die offiziöse Presse Preußens selbst zur Zeit des schleswig-holsteinischen Krieges diese Vortheile mit Posannenschall in die Welt hinausgerufen. Es ist dieß also wieder einer jener Fälle, von denen es in dem Memoire heißt, daß Preußen gegen die Einsicht in den Vortheil des eignen Staates der Politik Rußlands dienstbar zu sein gezwungen ist. Gezwungen in der That, so lange es nicht aufhört, nach Vergrößerung in Deutschland zu streben.

Die Politik aber, welche die Entwicklung der preussischen Seemacht lahm legt, ist das letzte Glied der Kette, welche Preußens östliche Provinzen in russischen Fesseln hält. Rußlands Ausfuhrhandel besteht in Rohprodukten und es ruiniert durch die Grenzsperrre die östlichen Provinzen Preußens, um ihre Konkurrenz bis zu dem Augenblick auszuschließen, wo Verzweigung oder die politischen Verhältnisse deren Annexion gestatten, Preußen aber wagt nicht, der systematischen Vernichtung Ost- und Westpreußens entgegenzutreten, es läßt die Provinzen verhungern, weil es des russischen Beistandes für seine Vergrößerungspolitik in Deutschland eben nicht entbehren kann. So hemmt die Abhängigkeit von Rußland die natür-

liche Entwicklung des Wohlstandes wie die Machtentfaltung Preußens und drückt dessen ganzes geistiges und politisches Leben zu Boden. Und von diesem Staate, welcher überall und immer die eigenen Zwecke denen Rußlands unterordnen muß, von diesem Staate soll das Heil Deutschlands kommen? Nun ja, wenn das Heil Deutschlands darin beruht, daß es den Nacken unter das Joch des Czaren beugt, dann kann es von Preußen kommen. Es ist daher auch geradezu gedankenlos, von einem Staate, welcher bei jeder Bewegung erst ängstlich nach Petersburg hinsehen muß, ob auch nicht der Selbstherrscher aller Rußen unwillig die Stirn runzelt, zu erwarten, daß er Deutschland würdiger dem Auslande gegenüber vertreten werde, als der ehemalige Bundestag. Nicht Deutschland, sondern Rußland vertritt Preußen und so weit sich seine Grenzen in Deutschland ausdehnen, so weit herrscht der Czar. Wenn man meint, Preußen werde im Stande sein, die russische Oberherrlichkeit abzuschütteln, sobald es nur erst ganz Deutschland verschlungen habe, so vergißt man, daß jeder Schritt Preußens nach Süden mit der Auslieferung deutschen Landes an Rußland im Osten bezahlt werden muß, und auch die Rechnung für die gegenwärtige Vergrößerung ist in Petersburg noch nicht berichtigt. Von dem Widerstande der europäischen Großmächte, der Preußen in diesem Augenblicke an der Mainlinie halt gebietet, wollen wir vorläufig absehen. Es können politische Verhältnisse eintreten, welche Preußen ein Zugreifen gestatten, ohne dafür das linke Rheinufer opfern zu müssen, wie Luxemburg geopfert wurde. Aber das dürfen wir nicht vergessen, daß Preußen, und wenn es auch durch den Besitz von ganz Deutschland aufgebläht ist, an demselben Tage in seine einstige Unbedeutendheit zurücksinkt, an dem Rußland seine Hand von ihm abzieht. Oder ist man etwa der naiven Ansicht, daß die Fürsten, welche Preußen aus ihren Ländern vertrieben und zu Vasallen erniedrigt hat, nicht begierig jede Gelegenheit ergreifen werden, ihre unbeschränkte Souveränität wieder zu erlangen? Glaubt man, daß das preussische Regiment an den Völkern dieser Fürsten sich Freunde erworben hat? Preußen hat keine moralischen Eroberungen machen können und kann keine machen, selbst wenn es wollte, weil dieselben eine Regierungsform bedingen, die mit dem russischen Despotismus unverträglich ist. Der Despotismus fühlt sich nur sicher in der Ruhe eines Kirchhofs.

Als Napoleon I. auf dem Felsen von St. Helena seine Verachtung der Volksfreiheit büßte, da erkannte er den Grund, weshalb seine Macht in den Eissteppen Rußlands zusammengebrochen war. Es war seine Vortbrückigkeit gegen Polen. Das wiederhergestellte Polen würde Rußland von Westen und Süden mit nervigten Armen gepackt haben, und Napoleon selbst hätte durch die Ostseeprovinzen geraden Wegs auf Petersburg marschiren können. Als der Krimkrieg vor der Thüre stand, zeigte sich Oesterreich einer Wiederherstellung Polens nicht abgeneigt. Aber das von Lord Palmerston regierte England wollte davon nichts wissen. Heute stehen die Verhältnisse günstiger: Oesterreich, England und Frankreich sind von der Nothwendigkeit überzeugt, daß dem Vordringen Rußlands im Orient halt geboten werden muß. Wir haben an den geschichtlichen Thatsachen nachgewiesen, daß das Testament Peters des Großen kein Phantom, kein müßiges Hirngespinnst ist. Rußland muß daher auf allen Punkten von Europa zurückgeworfen werden. Rußland ins Herz zu treffen, dazu giebt es aber nur ein Mittel: die Wiederherstellung Polens.

Die Wiederherstellung Polens ist eine Forderung, in der die höchsten Interessen der Fürsten und Völker Hand in Hand gehen. Die Politik erheißt sie und die Demokratie fordert sie im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit.

„Das Kapital“ von Marx*).

I.

So lange es Kapitalisten und Arbeiter in der Welt giebt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre wie das vorliegende. Das Verhältniß von Kapital und Arbeit, die Angel, um die sich unser ganzes heutiges Gesellschaftssystem dreht, ist hier zum ersten Mal wissenschaftlich entwickelt, und das mit einer Gründlichkeit und Schärfe wie sie nur einem Deutschen möglich war. Werthvoll wie die Schriften eines Owen, Saint-Simon, Fourier sind und bleiben werden, — erst einem Deutschen war es vorbehalten, die Höhe zu erklimmen, von der aus das ganze Gebiet der modernen sozialen Verhältnisse klar und übersichtlich daliegt, wie die niederen Berglandschaften vor dem Zuschauer, der auf der höchsten Kuppe steht.

Die bisherige politische Oekonomie lehrt uns, daß die Arbeit die Quelle alles Reichthums und das Maß aller Werthe ist, so daß zwei Gegenstände, deren Erzeugung dieselbe Arbeitszeit gekostet hat, auch denselben Werth besitzen, und, da durchschnittlich nur gleiche Werthe unter sich austauschbar sind, auch gegen einander ausgetauscht werden müssen. Gleichzeitig lehrt sie aber, daß eine Art aufgespeicherter Arbeit existirt, welche sie Kapital nennt; daß dieß Kapital durch die in ihm enthaltenen Hülfquellen die Produktivität der lebendigen Arbeit ins Hundert- und Tausendfache steigert, und dafür eine gewisse Vergütung in Anspruch nimmt, welche man Profit oder Gewinn nennt. Wie wir Alle wissen, stellt sich dieß in der Wirklichkeit so, daß die Profite der aufgespeicherten, todten Arbeit immer massenhafter, die Kapitalien der Kapitalisten immer kolossaler werden, während der Lohn der lebendigen Arbeit immer geringer, die Masse der bloß von Arbeitslohn lebenden Arbeiter immer zahlreicher und ärmer wird. Wie ist dieser Widerspruch zu lösen? Wie kann ein Profit für den Kapitalisten übrig bleiben, wenn der Arbeiter den vollen Werth der Arbeit ersetzt erhält, den er seinem Produkt zusetzt? Und da nur gleiche Werthe ausgetauscht werden, so sollte dieß doch der Fall sein. Andererseits, wie können gleiche Werthe ausgetauscht werden, wie kann der Arbeiter den vollen Werth seines Produkts erhalten, wenn, wie von vielen Oekonomen zugegeben wird, dieses Produkt zwischen ihm und dem Kapitalisten getheilt wird? Die bisherige Oekonomie steht vor diesem Widerspruch rathlos da, schreibt oder stottert verlegene, nichtsagende Redensarten. Selbst die bisherigen sozialistischen Kritiker der Oekonomie sind nicht im Stande gewesen, mehr zu thun, als den Widerspruch hervorzuheben; gelöst hat ihn Keiner, bis Marx jetzt endlich den Entstehungsprozeß dieses Profits bis auf seine Geburtsstätte verfolgt und damit alles klar gemacht hat.

Bei der Entwicklung des Kapitals geht Marx von der einfachen, notorisch vorliegenden Thatfache aus, daß die Kapitalisten ihr Kapital durch Austausch verwerthen: sie kaufen Waare für ihr Geld und verkaufen sie nachher für mehr Geld als sie ihnen gekostet hat. Z. B. ein Kapitalist kauft Baumwolle für 1000 Thaler und verkauft sie wieder zu 1100 Thlr., „verdient“ also 100 Thlr. Diesen Ueberschuß von 100 Thlr. über das ursprüngliche Kapital nennt Marx Mehrwerth. Woraus entsteht dieser Mehrwerth. Nach der Annahme der Oekonomen werden nur gleiche Werthe ausgetauscht, und dieß ist auf dem Gebiet der abstrakten Theorie auch richtig. Der Einkauf von Baumwolle und ihr Wiederverkauf kann also

ebensowenig einen Mehrwerth liefern, wie der Austausch von einem Silbertaler gegen dreißig Silbergrößen und der Wiedereintausch der Scheidemünze gegen den Silbertaler, wobei man nicht reicher und nicht ärmer wird. Der Mehrwerth kann aber ebensowenig daraus entstehen, daß die Verkäufer die Waaren über ihren Werth verkaufen, oder die Käufer sie unter ihrem Werth kaufen, weil Jeder der Reihe nach bald Käufer, bald Verkäufer ist und sich dieß also wieder ausgleicht. Ebenso wenig kann es daher kommen, daß die Käufer und Verkäufer sich gegenseitig übervortheilen, denn dieß würde keinen neuen oder Mehrwerth schaffen, sondern nur das vorhandene Kapital anders zwischen den Kapitalisten vertheilen. Trotzdem daß der Kapitalist die Waaren zu ihrem Werth kauft und zu ihrem Werth verkauft, zieht er mehr Werth heraus, als er hineinwarf. Wie geht dieß zu?

Der Kapitalist findet unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen auf dem Waarenmarkt eine Waare, welche die eigenthümliche Beschaffenheit hat, daß ihr Verbrauch eine Quelle von neuem Werth, Schöpfung neuen Werthes ist, und diese Waare ist — die Arbeitskraft.

Was ist der Werth der Arbeitskraft? Der Werth jeder Waare wird gemessen durch die zu ihrer Herstellung erforderliche Arbeit. Die Arbeitskraft existirt in der Gestalt des lebendigen Arbeiters, der zu seiner Existenz, sowie zur Erhaltung seiner Familie, welche die Fortdauer der Arbeitskraft auch nach seinem Tode sichert, einer bestimmten Summe von Lebensmitteln bedarf. Die zur Hervorbringung dieser Lebensmittel nöthige Arbeitszeit stellt also den Werth der Arbeitskraft dar. Der Kapitalist zahlt ihn wöchentlich, und kauft dafür den Gebrauch der Wochenarbeit des Arbeiters. So weit werden die Herren Oekonomen so ziemlich mit uns über den Werth der Arbeitskraft einverstanden sein.

Der Kapitalist stellt seinen Arbeiter nun an die Arbeit. In einer bestimmten Zeit wird der Arbeiter so viel Arbeit geliefert haben, als in seinem Wochenlohn repräsentirt war. Gesezt, der Wochenlohn eines Arbeiters repräsentire drei Arbeitstage, so hat der Arbeiter, der Montags anfängt, am Mittwoch Abend dem Kapitalisten den vollen Werth des gezahlten Lohnes ersetzt. Hört er dann aber auf zu arbeiten? Keineswegs. Der Kapitalist hat seine Wochenarbeit gekauft, und der Arbeiter muß die drei letzten Wochentage auch noch arbeiten. Diese Mehrarbeit des Arbeiters, über die zur Ersetzung seines Lohnes nöthige Zeit hinaus, ist die Quelle des Mehrwerthes, des Profits, der stets wachsenden Anschwellung des Kapitals.

Man sage nicht, es sei eine willkürliche Annahme, daß der Arbeiter in drei Tagen den Lohn wieder herausarbeiten und erhalten hat, und die übrigen drei Tage für den Kapitalisten arbeite. Ob er gerade drei Tage braucht, um den Lohn zu ersetzen, oder zwei, oder vier, ist allerdings hier ganz gleichgültig und wechselt auch nach den Umständen; aber die Hauptsache ist die, daß der Kapitalist neben der Arbeit, die er bezahlt, auch noch Arbeit herausschlägt, die er nicht bezahlt, und das ist keine willkürliche Annahme, denn an dem Tage, wo der Kapitalist auf die Dauer nur noch so viel Arbeit auf dem Arbeiter herausbekäme, wie er ihm im Lohn bezahlt, an dem Tage würde er seine Werkstätte zuschließen, da ihm eben sein ganzer Profit in die Brüche ginge.

Hier haben wir die Lösung aller jener Widersprüche. Die Entstehung des Mehrwerthes (wovon der Profit des Kapitalisten einen bedeutenden Theil bildet) ist nun ganz klar und natürlich. Der Werth der Arbeitskraft wird gezahlt, aber dieser Werth ist weit geringer als derjenige, welchen der Kapitalist

* Das Kapital, Kritik der politischen Oekonomie, von Karl Marx. Erster Band: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Hamburg, D. Meißner 1867.

aus der Arbeitskraft herauszuschlagen versteht, und die Differenz, die unbezahlte Arbeit, macht gerade den Antheil des Kapitalisten, oder, genauer gesprochen, der Kapitalistenklasse aus. Denn selbst der Profit, den im obigen Beispiel der Baumwollhändler aus seiner Baumwolle herauszuschlug, muß, wenn die Baumwollpreise nicht gestiegen waren, aus unbezahlter Arbeit bestehen. Der Händler muß an einen Baumwollfabrikanten verkauft haben, der, außer jenen 100 Thalern noch einen Gewinn für sich aus seinem Fabrikat herauszuschlagen kann, der also die eingestekte unbezahlte Arbeit mit ihm theilt. Diese unbezahlte Arbeit ist es überhaupt, welche alle nichtarbeitenden Mitglieder der Gesellschaft erhält. Aus ihr werden die Staats- und Gemeindesteuern, soweit sie die Kapitalistenklasse treffen, die Grundrenten der Grundbesitzer u. s. w. gezahlt. Auf ihr beruht der ganze bestehende gesellschaftliche Zustand.

Andererseits wäre es abgeschmackt, anzunehmen, daß die unbezahlte Arbeit erst entstanden sei unter gegenwärtigen Verhältnissen, wo die Produktion von Kapitalisten einerseits und von Lohnarbeitern andererseits betrieben wird. Im Gegentheil. Die unterdrückte Klasse hat zu allen Zeiten unbezahlte Arbeit leisten müssen. Während der ganzen langen Zeit, wo die Sklaverei die herrschende Form der Arbeitsorganisation war, haben die Sklaven weit mehr arbeiten müssen, als ihnen in der Form von Lebensmitteln ersetzt wurde. Unter der Herrschaft der Leibeigenschaft und bis zur Abschaffung der bäuerlichen Frohnarbeiter war dasselbe der Fall; hier tritt sogar der Unterschied handgreiflich zu Tage zwischen der Zeit, die der Bauer arbeitet für seinen eignen Lebensunterhalt und der Mehrarbeit für den Gutsherrn, weil eben die letztere von der ersteren getrennt vollzogen wird. Die Form ist jetzt verändert, aber die Sache ist geblieben, und so lange „ein Theil der Gesellschaft das Monopol der Produktionsmittel besitzt, muß der Arbeiter, frei oder unfrei, der zu seiner Selbsterhaltung nöthigen Arbeitszeit überschüssige Arbeitszeit zusetzen, um die Lebensmittel für die Eigner der Produktionsmittel zu produziren.“ (Marx S. 202.)

Aus England.

London, den 16. März.

Seit 1829 hat sich die englische Aristokratie damit gebrüht, die römisch-katholischen Irländer mit den protestantischen Engländern auf gleichen Fuß gestellt zu haben und hat sich standhaft geweigert die Hauptbeschwerden der irischen Bevölkerung — die Irland mit Bayonetten aufgedrungene aristokratisch protestantische Staatskirche und die Unsicherheit des Landbesitzes der Bauern — in ernsthafte Berathung zu ziehen. Endlich hat Irland Gehör gefunden. Der Antrag eines irischen Parlaments-Mitglieds, „daß sich das Unterhaus als Comité konstituiren soll mit der Absicht, die Lage und Zustände von Irland in unmittelbare Berathung zu ziehen“, hat zu einer Debatte Veranlassung gegeben, die drei Nächte gedauert hat und fast beendet ist. In seiner Beschreibung der gegenwärtigen Zustände sagt der Antragsteller unter anderem, „die Städte von Irland sind stark besetzt, die Kasernen sind übervoll, Detachements von Infanterie und Schwadronen von Cavallerie schwärmen in abgelegenen Gegenden umher, wo man seit Jahren kein Gesicht eines britischen Soldaten gesehen; eine mächtige Kriegsflotte liegt im Hafen von Cork, unsere Küsten. Man spricht von der wunderlichen Prosperität Irlands und stellt Vergleiche an, zwischen Heute und dem Jahre 1851, einem Jahr, in welchem 755,000 Personen in den Armenhäusern waren, 44,000 aus ihren Bauerhöfen gese-

lich vertrieben wurden und 300,000 Irland auf immer verließen. Ohne Zweifel haben sich die Schaaf- und Ziegen vermehrt, aber das beweist keine Prosperität. Im Jahre 1867 waren 113,000 Stück Hornvieh und 107,000 Pferde weniger in Irland, und eine halbe Million Ackerland weniger mit Getreide bebaut als im Jahre 1859, und 139,000 Acker weniger als vor zwanzig Jahren. Das Buch der Geschichte Irlands ist verboten in den Nationalschulen und wenn der Lernbegierige anderwärts das dunkle und mit Blut bedeckte Blatt von Grausamkeit und Unterdrückung liest, so fließt sein Herz über von Entrüstung.“ Der Redner hat noch Hoffnung, daß das englische Volk und die liberale Partei diesem Zustande abhelfen wird. Die der fremden Aristokratie angehörige Staatskirche verschlingt außer dem Ertrag ihrer Pfründen und Kirchengüter den Zehnten des Ackerbaues, während der katholische Klerus von den freiwilligen Gaben der Gläubigen, die mehr als $\frac{9}{10}$ der Gesamtbevölkerung ausmachen, abhängt. Was die Irländer verlangen, ist, daß die Staatskirche abgeschafft werde, und dem Bauer der Besitz des Bodens, welcher für ihn Existenzbedingung ist, gesichert werden soll.

Der Hauptsekretär für Irland beantwortete die Rede des Antragstellers in einer viertelstündigen Rede, in welcher er die Zustände Irlands in Rosenfarben schilderte und unter anderem als Beweis der Prosperität anführte, daß sich der Konsum von Schnaps vermehrt habe.

In Betreff des von mehreren Seiten gemachten Vorschlags, die Bauern in Erbpächter oder Parzelleneigenthümer zu verwandeln, sagte er, daß in Frankreich, wo die kleinen Bauern Eigenthümer des Bodens sind, die verwegendsten Lehren über die Eigenthumsrechte verbreitet werden, daß 1848 überall Revolution gemacht worden sei, wo kleine Grundeigenthümer wären, daß sie beständig in Schulden geriethen und daß z. B. die Noth in Ostpreußen jetzt viel größer sei als zu irgend einer Zeit in Irland. Stuart Mill entgegnete auf diese Behauptungen, daß die kleinen Grundeigenthümer überall reaktionär sind, daß nur die Arbeiter der großen Städte Revolution machen, und daß das große Grundeigenthum in Ostpreußen schuld ist an der gegenwärtigen Hungersnoth. Die ministeriellen Lösungsmittel beschränken sich auf eine Bill, schriftliche Pachtcontracte einzuführen, eine Untersuchungskommission zu ernennen, welche das Verhältniß zwischen Bauer und Grundeigenthümer untersuchen soll, und eine auf Staatskosten zu errichtende römisch-katholische Universität. Ueberdies soll den Bauern ein Kredit von Staatswegen gewährt werden, (natürlich mit Genehmigung und unter Bürgschaft der Grundeigenthümer), den Boden zu verbessern. Der zu diesem Zwecke gemachte Vorschlag soll in kleinen jährlichen Zahlungen zurückzuerstatter werden. Daß die Regierung nichts vorschlägt in Betreff der Staatskirche wird mit allgemeiner Mißbilligung aufgenommen. Chichester Fortescue, der unter der russischen Administration Hauptsekretär für Irland war, erklärt, daß die Zeit gekommen sei, wo das Parlament seine Rückstände in Betreff der irischen Gesetzgebung abtragen müsse. Er verlangt, daß die Kirchenfrage sofort aufs Tapet gebracht und abgemacht werden soll. Ueber die Bodenfrage sagt er, daß die am besten unterrichteten Leute der Meinung seien, daß es dem Grundeigenthümer nicht frei stehen solle, die Rente unter 21 Jahren zu erhöhen. Er verspricht die Regierungsvorschläge in Erwägung zu ziehen. Vor neun Jahren trieben Palmerston, Russell u. Comp. die Conservativen abjudanken, weil sie mit der Parlamentsreform nicht weit genug gingen, sieben Jahre lang nachher ließen die Liberalen die Reformfrage schlummern. Haben sie etwas Aehnliches im Sinne mit der irischen Frage? Russell schlägt in seinem langen Briefe vor, den Religionsstrie-

den dadurch herzustellen, daß man sowohl die katholische wie die protestantische Geistlichkeit besolden soll. Die Katholiken verlangen unbedingte Abschaffung der Staatskirche in Irland; sie wollen ihre eigene Klerisei besolden und verlangen, daß die Protestanten ein Gleiches thun.

John Bright tritt als Vermittler auf. Er will, daß den Protestanten die Kirchengebäude und die Pfarrhäuser bleiben sollen und daß, wo Pächter und Grundeigenthümer eine Uebereinkunft treffen können, die Regierung den Pächtern Geld vorschießen soll, ihre Bauernhöfe zu kaufen. Das geliehene Geld soll in 35 jährlichen Raten zurückstattet und der Bauer freier Grundeigenthümer werden. Was mit den gegenwärtigen Einkünften der Staatskirche gemacht werden soll, sagt er nicht. Heute Abend wird die Debatte fortgesetzt. Die liberalen Parteiführer werden jedenfalls versuchen, das Ministerium zur Abdankung zu zwingen, das Schlimmste ist, daß die liberalen Aristokraten ebenso wenig Lust haben, die Staatskirche abzuschaffen als die Conservativen.

Die Londoner Baugewerbe-Arbeiter haben eine Cooperations-Genossenschaft gegründet mit einem nominellen Kapital von 30,000 Pfund Sterling. Der Betrag einer Aktie ist ein Pfund, Niemand kann mehr als zwanzig Aktien besitzen, dadurch soll verhindert werden, daß Kapitalisten sich einschleichen.

Vor einiger Zeit wurde der Kassensführer einer Gewerbe-Union der Geldveruntreuung wegen, welche an dem Verein begangen, vor Gericht gestellt und entlassen, weil die Union nicht enrolirt, mithin nicht gesetzlich etabliert war. Im Laufe dieser Woche kam ein ähnlicher Fall in Manchester vor. Der Kassensführer der Hausmaler-Genossenschaft hat 800 Pfund Sterling unterschlagen. Sein Advokat stützte sich darauf, daß die Genossenschaft nicht vom Gesetz anerkannt sei, mithin die Anklage Null und Nichtig sei. Das Geschwornen-Gericht und der Richter waren anderer Meinung und verurtheilten den Angeklagten zu fünf Jahren Strafarbeit.

Im Distrikt von St. Helens haben 20,000 Arbeiter in den Kohlenbergwerken die Arbeit eingestellt. Vor nicht langer Zeit gelang es den Arbeitern eine Lohnerhöhung von $7\frac{1}{2}$ pr. Ct. durchzusetzen. Vor einigen Wochen gaben die Minenbesitzer Notiz, daß der Arbeitslohn um 15 pr. Ct. reduziert werden sollte. Die Arbeiter beschloßen, sich eine Reduktion von 10 pr. Ct. gefallen zu lassen, aber die Arbeitgeber bestanden auf 15; darauf gingen die Arbeiter nicht ein. Dieses ist ein Beispiel der progressiven Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, die von den kapitalistischen Zeitungen so häufig ausposaunt wird.

Vermischtes.

In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Londoner statistischen Gesellschaft hielt Herr Baxter einen Vortrag über das „National-Einkommen Großbritanniens“, aus welchem hervorgeht, daß im Jahre 1867 das Total-Einkommen der drei vereinigten Königreiche: der höheren und Mittelklasse sich auf Pfd. Sterl. 496,734,000, und das der arbeitenden Klasse auf Pfd. Sterl. 324,645,000 (Total Pfd. Sterl. 821,379,000) belief. Hieraus geht hervor, daß die Bevölkerung Großbritanniens (29,000,000) ein jährliches Einkommen von über 800 Millionen Pfd. Sterling hat, eine Summe, welche die permanente Nationalschuld (Pfd. Sterl. 778,000,000) um 47,000 übersteigt.

Dieses immense Einkommen ist wie folgt, vertheilt. Es genießen:

Personen.	Jährliches Durchschnitts-Einnahme.	Jährliches Einkommen.
8,000.	Pfd. Sterl. 16,000.	Pfd. Sterl. 128,000,000.
47,000.	" 1,787.	" 84,000,000.
173,000.	" 515.	" 89,000,000.
996,000.	" 112.	" 112,000,000.
1,535,000.	" 54.	" 84,000,000.
10,962,000.	" 29.	" 324,000,000.
13,721,000.		Pfd. Sterl. 821,000,000.

Also 228,000 Personen, nicht ein Hundertstel der Gesamtbewölkerung verschlingen ein Drittheil des Gesamteinkommens.

„Preußen ist ein industrielles Kriegslager“ rief der bekannte Wagener nach dem Siege von Königsgrätz den preussischen Abgeordneten zu. Der Hauptmann von Hoffmüller in Bielefeld hat dazu folgende Illustration geliefert. Am Vormittag des 12. d. M. ging ein angesehenener Bürger jener Stadt, der Leinwandfabrikant F. Lampe, in Begleitung seines Compagnons Wens über den vor dem Niederthore liegenden Kesselbrunn. Der seit langen Jahren als Exerzierplatz benutzte wird. Die beiden Herren waren im Gespräch begriffen, ohne die auf dem Platz exerzirenden Soldaten zu beachten, als sie durch den Hauptmann v. Hoffmüller mit den Worten angerufen wurden: „Wenn ich hier kommandire, haben Sie diesen Platz hier nicht zu betreten!“ Die so Angerufenen wandten unwillkürlich ihre Köpfe nach dem Rufer um, setzten aber, ohne ein Wort zu erwidern, ruhig ihren Weg fort. Nun erscholl der weitere Ruf des Hauptmanns: „Scheeren Sie sich Ihrer Wege! Sie sollen sich nicht umsehen, sonst lasse ich Sie arretiren!“ worauf Lampe lachend antwortete: „So schlimm wird es ja wohl nicht sein, daß man sich nicht einmal mehr umsehen darf!“ Nach dieser Antwort ertheilte Hauptmann v. H. seiner Mannschaft den Befehl, Lampe zu arretiren, und ließ ihn durch einen Unteroffizier und 2 Mann zum Polizeibureau führen, wo er von dem anwesenden Polizei-Commissar entlassen wurde. Die Garnison hat sich das Recht der Benützung des Platzes für ihre militärischen Uebungen durch Verjährung erstritten; aber ebenso unzweifelhaft steht der Bielefelder Bürgerschaft die Mitbenützung zu. Herr Lampe wird alle Schritte thun, um Genugthuung für die ihm widerfahrne Unbill zu erhalten. Wird wohl nicht viel helfen.

Ein berühmter Dresdener Literat, dessen Aufgabe es ist für die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ und ähnliche Bismarck'sche Organe in Nord- und Süddeutschland Stimmungsberichte aus Sachsen zu fabriziren, und der auch fleißig im „Glauchauer Tageblatt“, „Zwickauer Wochenblatt“ und ähnlichen schwarz-weißen Blättchen sein Licht leuchten läßt, findet sich berufen, die Centralstelle der sächsischen Consumvereine in Nummer 50 des „Glauchauer Tageblatts“ der politisch-sozialen Agitation anzuklagen, weil dieselbe die sächsischen Consumvereine aufgefordert hat, ihren Bedarf an Cigarren bei der Verkaufsstelle der Berliner Cigarrenarbeiter zu entnehmen, um letztere in ihrem Streit gegen die Fabrikanten zu unterstützen. Das Geschreibsel bezweckt natürlich nichts anderes, als die Consumvereine der Regierung als politische Vereine zu denunziren.

Wir bitten unsere auswärtigen Freunde, alle Nummern von Lokalblättern, in denen sie Spuren des sauberen Subjekts entdecken, uns unter Kreuzband zuzusenden, damit wir Kenntniß davon nehmen können. Das Denunziantenhandwerk muß den Burschen auf immer gelegt werden.

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

Beilage zu No. 12.

Die Wahlversammlungen der Volkspartei in Mainz und Darmstadt

am 15. und 16. März.

Bei dem Antheil unserer Reichstagsabgeordneten Bebel und Liebknecht an diesen Versammlungen, wird es unseren Lesern lieb sein, Ausführlicheres über die dortigen Kämpfe gegen die Kandidaten der Nationalliberalen zum Zollparlament zu erfahren. Wir lassen daher die Berichte der „Frankfurter Zeitung“ vom 17. und 18. März folgen. Sie schreibt:

Mainz, 15. März. Nachdem die nationalliberalen Gemeinderäthe die Verweigerung der Fruchthalle zu einer gemeinsamen Volksversammlung durchgesetzt hatten, erhielt das Wahlcomitee der demokratischen Partei endlich mit Mühe die Erlaubniß, im Akademie-saale eine Versammlung abhalten zu dürfen, zu der auf heute Nachmittag alle Wähler ohne Parteiunterschied eingeladen waren. Die Partei Bamberger, anstatt von dieser Einladung Gebrauch zu machen, zog es vor, in der Actien-Brauerei zu derselben Stunde, da sie ja jetzt vor dem Erscheinen ihrer Gegner sicher war, eine zweite Versammlung anzuberaumen. So tagten denn heute Nachmittag zwei große Volksversammlungen in unserer Stadt, von denen die im Schlosse von circa 1800, die in der Actienbrauerei von 1200 Personen besucht sein mochte, indeß muß hervorgehoben werden, daß viele Hunderte, als sie im Akademie-saale keinen Raum mehr fanden, sich in die Bamberger'sche Versammlung begaben. An der Seitens des demokratischen Wahlcomitees berufenen Versammlung nahmen die in Arbeiterangelegenheiten auf einer Reise begriffenen Reichstagsabgeordneten Bebel und Liebknecht Theil. Dr. Dehser eröffnete dieselbe, indem er die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen schilderte und mit schlagenden Worten das ganze Elend unserer Zeit charakterisirte. Er wies darauf hin, wie der preußische Cäsarismus dem französischen gegenüberstehe und wie die wachsenden Militärstaaten zum entmenschenden Racenkampf führen müßten. Nachdem Dr. Schmitz zum Vorsitzenden ernannt war, ertheilte dieser das Wort an Dr. Dumont, den Kandidaten der demokratischen Partei. Derselbe entwickelte in klarer Weise die Grundsätze, welche die demokratische Partei leiten und die in dem Wahlausruf derselben niedergelegt sind. Er hob hervor, wie der vornehmste Zweck des Zollparlamentes der sei, Geld zu schaffen für die Zwecke des Militarismus; er erinnerte an die Preisgebung Luxemburgs, an die Ausstoßung Deutsch-Oesterreichs und die drohende Zerstückung Schleswigs. Er wolle auch die Einheit, aber nicht die Einheit der Casernen; — nicht die Concentrirung der Militärmacht in einer Hand gereiche dem Vaterland zum Heil, sondern die einmüthige Geltendmachung des Volkswillens. Hierauf nahm,

mit lebhaftem Zuruf bewillkommnet, A. Bebel aus Leipzig das Wort und gab, oft vom Bravo der Anwesenden unterbrochen, eine scharfe Kritik der Norddeutschen Bundesverfassung und betonte hierbei, wie es vor Allem die Schuld der Nationalliberalen sei, daß dieselbe auch nicht den mäßigsten Anforderungen des Volkes entspreche. Er warnte deßhalb davor, einen Mann zu wählen, der wie Bamberger von jenen Beräthern am Rechte des Volkes empfohlen werde. Nach ihm sprach Liebknecht. Derselbe betonte, wie es sich bei den Wahlen vor allem darum handele, Protest abzulegen gegen das Bismarck'sche Regime, das der Redner einer vernichtenden Kritik unterwarf. Er wandte sich an die Arbeiter und forderte dieselben auf, sich diesem Protest einmüthig anzuschließen, denn gerade sie seien es, die den Druck des Militarismus am meisten fühlten. Er schloß mit der Aufforderung an das demokratische Mainz, nicht durch die Wahl eines doppelt fahnenflüchtigen die Erklärung abzugeben, daß es freiwillig die Unfreiheit auf sich nehmen wolle. Nach einigen Schlusßworten des Vorsitzenden, in denen er zum zahlreichen Erscheinen an der Wahlurne aufforderte, trennte sich die Versammlung in sichtlich gehobener Stimmung. — Unterdessen hatte auch Bamberger in der Actienbrauerei eine lange Rede gehalten, in der er u. A. die Beschuldigung, ein Ueberläufer zu sein, mit dem Witz zu entkräften suchte, daß er insofern ein Ueberläufer sei, als ihm, wenn sein Herz voll sei, der Mund überlaufe. Statt des so oft von ihm zerfleischten Bundestages zog er es dies Mal vor, sich an Oesterreich schadlos zu halten und verstieg sich dabei zu dem Ausruf: „Sollen wir uns an Oesterreich anschließen, das unseren Robert Blum erschossen hat?“ Daß Niemand in der Versammlung die Gegenfrage aufwarf: „Sollen wir uns an Preußen anschließen, das unsern Trübschler erschossen hat?“ charakterisirt dieselbe genugsam und kann man sich nicht wundern, wenn Bamberger dort schließlich als Candidat proclamirt wurde.

Darmstadt, 17. März. Eine Versammlung der demokratischen Partei in Darmstadt und zwar eine so zahlreiche Versammlung, wie sie Darmstadt seit langer Zeit nicht gesehen hatte, wer hätte das noch vor kurzer Zeit für möglich gehalten? Die demokratische Partei ist hier nicht organisiert, sie hat seit langer Zeit kein Lebenszeichen von sich gegeben und besitzt erst seit kurzer Zeit ein Organ in der Presse. Herr Meß hat gestern in Rüsselsheim gesagt, „die demokratische Partei wage es gar nicht, in Darmstadt eine Versammlung abzuhalten.“ Ein glänzenderes Dementi hätte Herr Meß fast nicht erhalten können. Wie wohl überall so hat es sich auch hier gezeigt, daß die große Mehrtheit des Volkes des nationalliberalen Parteitreibens müde ist. Ueber 800 Bürger füllten den großen Ritzert'schen Saal. Die Abgeordneten Dumont und

Dehner und einige andere auswärtige Gäste nahmen an der Versammlung Theil. Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffnete Dr. Wilt die Versammlung und schlug Dr. Louis Büchner zum Präsidenten vor. Derselbe übernahm den Vorsitz mit einer kräftigen Ansprache, in welcher er zur Organisation der Volkspartei aufforderte. R. Fendt empfahl den bereits in einer großen Anzahl von Versammlungen des Wahlbezirks aufgestellten Candidaten Fabrikant Stuttmann für die Wahl zum Zollparlament. Er zerzauste sodann in unbarmherziger Weise das Programm der hessischen Nationalliberalen, indem er die Widersprüche desselben mit ihren früheren Programmen und heiligsten Versicherungen nachwies. Sodann setzte Stuttmann sein Wahlprogramm auseinander, das sich in wenigen Worten resumiren läßt: Kein unbedingter Eintritt in den Nordbund, keine Erhöhung oder Vermehrung der indirekten Steuern, keine neuen Bewilligungen für das Militärbudget. Der Redner wurde häufig von dem Beifall der Versammlung unterbrochen. Nachdem er geendet, forderte der Präsident die Gegner auf, sich zum Worte zu melden. Advokat Dernburg erklärte, er wolle erst nach den Gästen sprechen. Reichstagsabgeordneter Liebknecht, ein geborener Hesse (aus Gießen), gab der Versammlung Kenntniß von den Erfahrungen, die er im norddeutschen Reichstage und im Nordbunde überhaupt gemacht. Sie können sich denken, daß die Schilderung keine sehr rosigte sein konnte; Liebknecht berichtete aber nur Thatsachen und es war ersichtlich, daß seine Worte auf die Versammlung, sogar auf die anwesenden Gegner, tiefen Eindruck machten. Besonders heben wir hervor seinen Hinweis auf Nordamerika, den Vergleich mit dem Zustande der Republik nach 4jährigem schweren Kampfe mit dem materiellen Zustande des Nordbundes nach nur sechswöchentlichem Kriege. Nach Liebknecht sprach Advokat Dernburg für den Eintritt in den Nordbund, gegen die Coalition der Demokraten mit den Ministeriellen und Clerikalen, und zur Rechtfertigung Preußens in

seinem Verhalten in der Luxemburger Frage. Auch die Haltung der Frankfurter Presse vor dem Kriege von 1866 wurde von dem Redner in ähnlicher Weise wie von Mez bemängelt. Reichstagsabgeordneter Bebel erwiderte auf alle Punkte, welche Dernburg berührt hatte. Er wies nach, daß die Nationalliberalen die Coalition mit Reactionären nicht nur nicht verschmähen, sondern daß sie dieselbe aufsuchen. Nur nachdem sie sich im Reichstage mit den Conservativen verbündet hatten, war es möglich, daß alle freisinnigen Amendements bei der Verfassungsberatung zu Falle kamen. Und selbst die wichtigsten der in der ersten Lesung angenommenen Verbesserungen der Verfassung ließen sie bei der Schlußberatung auf den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers fallen! Bebel fordert die Süddeutschen im Interesse der Freiheit auf, nicht einzutreten in den Nordbund, ehe derselbe auf freiheitlicher Grundlage umgestaltet sei. Er zeichnete schließlich die jämmerliche Haltung der Nationalliberalen in der Luxemburger Frage unter großem Beifall der Versammlung. Nach einigen persönlichen Bemerkungen richtete Stuttmann noch einige Schlußworte an die Versammlung und erklärte, daß eine Abstimmung für ihn nicht erforderlich sei, indem die Versammlung hinreichend ihre Ansicht kund gegeben habe. —

— Die Versammlung in Rüsselsheim, welche Mez erwähnte, brachte den Nationalliberalen, obgleich sie von ihnen berufen war und geleitet wurde, eine furchtbare Niederlage. Unter A. wies Sonnemann aus Frankfurt durch Citate aus den eigenen Reden des großen Mez die endlose Kette von Widersprüchen nach, durch welche sich diese „Staatsmänner“ fortwährend compromittirt haben. Bei der schließlichen Abstimmung erhielt der Candidat der Nationalliberalen, Hoffmann, nur 20—25 Stimmen, während die ganze übrige Versammlung, die 3—400 Köpfe zählte, den Candidaten der Volkspartei, Stuttmann, unter Hochrufen proklamirte.